

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Prüfung eines möglichen Bruchs der Landesverfassung bei der Zustimmung zum Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes - FMStG im Bundesrat

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag zeitnah - spätestens bis zum 31.03.2009 - mittels eines Gutachtens eines deutschen Staatsrechtslehrers darüber zu unterrichten, inwieweit bei der im Bundesrat erfolgten Zustimmung zum FMStG die Bestimmungen der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern eingehalten wurden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Durch das FMStG entstehen für das Land Mecklenburg-Vorpommern Verpflichtungen in Höhe von bis zu 135 Millionen Euro. Für eine solche Verpflichtung hätte es nicht nur nach der Rechtsauffassung der NPD-Fraktion eines Gesetzes bedurft.

Allein kraft Amtes darf der Ministerpräsident das Land nicht in einem solchen Ausmaß fiskalisch belasten. Ein möglicher Verfassungsbruch durch Ministerpräsident Sellering kann in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden.

Die Regelungen der Landesverfassung müssen jedoch insbesondere vom Ministerpräsidenten strikt eingehalten werden. Allein der Verdacht, dass der Ministerpräsident die Verfassung gebrochen haben könnte, stellt einen schweren Schaden für das Land dar.